

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Wahlen in Costa Rica

Oscar Arias Sanchez, der Kandidat der regierenden sozialdemokratischen Nationalen Befreiungspartei PLN, ist am Sonntag nach inoffiziellen Zahlen aus den Präsidentschaftswahlen in Costa Rica als Sieger hervorgegangen. Wenige Stunden nach Schliessung der Wahllokale hatte sich Arias auf der Grundlage von Hochrechnungen zum Gewinner erklärt. Die vorläufigen Ergebnisse ergaben für ihn 54 Prozent. Sein

Predigt vor 100 000 Menschen

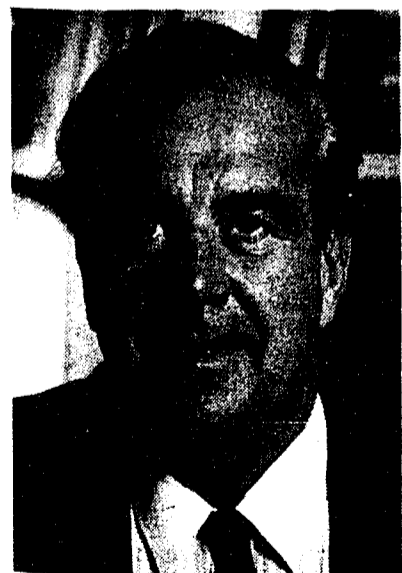
Papst Johannes Paul II. hat am Montag in der ostindischen Stadt Ranchi die Diskriminierung von Menschen am Arbeitsplatz und vor allem das indische Kastenwesen scharf kritisiert. Der Papst sagte vor rund 100 000 Menschen, darunter rund 70 000 Katholiken, er bedaure, dass Menschen aus religiösen Gründen, wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer niedrigen Kaste, einer anderen Gemeinschaft oder ihrer Sprache keinen Arbeitsplatz finden könnten.

Frankreich weist vier Sowjetdiplomaten aus

Frankreich hat nach Angaben des Aussenministeriums vom Montag während des Wochenendes vier sowjetische Diplomaten des Landes verwiesen. Sie werden mit einem sogenannten Maulwurf in Verbindung gebracht, der in Frankreich spionierte haben soll und von den französischen Behörden enttarnt worden war. Die vier Diplomaten hätten Frankreich während des Wochenendes verlassen. Es ist der bedeutendste Fall dieser Art seit 1983. Seinerzeit waren 47 Sowjetdiplomaten aus Frankreich ausgewiesen worden.

Gegenwaffe zu SDI

Aus einem Geheimdokument der amerikanischen Regierung geht nach einem Bericht der Bostoner Zeitung «Globe» vom Montag angeblich hervor, dass die Sowjetunion bis 1993 eine Rakete entwickeln könnte, die einen möglichen Schutzschirm im Weltraum durchbrechen kann.



Rücktritt des FBP-Präsidenten

FBP-Präsident Dr. Herbert Batliner hat nach dem Wahlausgang vom Wochenende seinen Rücktritt als Parteipräsident gegeben. Wie wir gestern abend kurz vor Redaktionsschluss in Erfahrung bringen konnten, gab Dr. Herbert Batliner seinen Rücktritt vor dem Parteivorstand bekannt. Wie uns Dr. Batliner versicherte, wird er die Gründe für seine Demission heute erläutern. Der FBP-Vorstand hat vom Rücktritt des Parteipräsidenten mit Bedauern Kenntnis genommen.

Stimmenverluste in praktisch allen Gemeinden

FBP und VU mussten fast überall Stimmenverluste zugunsten der Freien Liste hinnehmen

Eine dritte politische Gruppierung, so wusste man schon vor den Wahlen, nimmt den beiden traditionellen Parteien in den einzelnen Gemeinden ohne Zweifel Stimmen weg. Nur über das Ausmass der Verluste waren sich die Prognosen nicht einig. Nun hat die Freie Wählerliste jedoch mit etwas über sieben Prozent einen Stimmenanteil erreicht, der für die meisten Beobachter überraschend hoch ausfiel. Dementsprechend hat die Freie Liste, wenn auch sehr unterschiedlich, Stimmenverluste verursacht.

Nach den bis gestern nachmittag vorliegenden Zahlen, die nicht offiziell bestätigt waren, hat die FBP nur in Ruggell einen nennenswerten Zuwachs an Stimmen erhalten, während die VU sowohl in Gamprin wie auch in Schellenberg eine Steigerung ihres Stimmenanteils erreichte. Je höher die Zustimmung zur Freien Wählerliste war, umso deutlicher fiel für die eine oder andere Partei, teilweise sogar für beide Parteien, der Stimmenverlust aus.

FBP-Verluste in Vaduz und Schaan

Die Freie Wählerliste erreichte in der Gemeinde Vaduz mit 9,24 Prozent ihr bestes Ergebnis. Doch gingen die Verluste vorwiegend auf Kosten der FBP, die gegenüber 1982 nicht weniger als 8,7 Prozent verlor. Demgegenüber nahmen sich die Verluste der VU in der Residenz mit etwas über 1 Prozent geradezu bescheiden aus. Diese unterschiedliche Verlustzuteilung brachte es mit sich, dass die VU nun in Vaduz erstmals einen grösseren Stimmenanteil als die FBP aufweist.

Ebenso in Schaan, wo die Freie Wählerliste einen Anteil von 8,8 Prozent erreichte. Hier liegen die Verluste der FBP mit etwas über 6 Prozent beinahe doppelt so hoch wie diejenigen der VU, die sich auf knapp 3 Prozent beziffern. Auch in der Gemeinde Schaan liegt das Wahlergebnis der VU mit einem Anteil von 47,87 Prozent deutlich über dem Stimmenbetreffnis der FBP, die nur 43,32 Prozent erreichte. In Schaan war die VU schon bei den Wahlen von 1982 die stärkere Partei, doch hielten sich die Unterschiede damals im Rahmen von etwas über einem Prozent.

FBP in Balzers stabil

Interessant ist dagegen das Wahlergebnis in der Gemeinde Balzers, dem Heimatort der beiden Kandidaten um das Amt des Regierungschefs. Die Freie Wählerliste erreichte dort einen Anteil von 5,41 Prozent, also weniger als im Durchschnitt auf Landesebene, doch gingen diese Stimmen fast gänzlich auf Kosten der VU, die von 60,07 Prozent (im Jahre 1982) auf 55,37 Prozent zurückging. Auf der anderen Seite hat die FBP wiederum einen Anteil von 39,22 Prozent (39,93 Prozent) erreicht, so dass die Stimmenverluste in einem engen Rahmen liegen.

FBP-Verluste in Gamprin und Schellenberg

Recht deutlich fielen die Verluste für die FBP in den beiden Unterländer Ge-

meinden Gamprin und Schellenberg aus, während in Ruggell ein leichter Zuwachs zu verzeichnen ist. In Gamprin sackte nach den bisher vorliegenden Zahlen der FBP-Anteil auf 53,56 Prozent ab, nachdem er vor vier Jahren noch 64,55 Prozent betragen hatte. Dagegen konnte die VU rund 5 Prozent zulegen, während auf die Kandidaten der Freien Wählerliste 5,65 Prozent entfielen.

In Schellenberg musste die FBP einen Rückgang ihres Anteils auf 48,82 Prozent (58,16 Prozent) hinnehmen. Die VU baute dagegen ihren Anteil um rund 3 Prozent auf 44,80 Prozent (41,83 Prozent) aus. In Ruggell wiederum sah die Sache umgekehrt aus: Hier verbuchte die FBP einen Zuwachs um 2 Prozent, während die VU über 5 Prozent verlor.

Diese Wahlergebnisse werden in den nächsten Wochen zweifellos die zuständigen Gremien der Parteien beschäftigen.

Einführung eines Taktfahrplanes

Die Benützung des Postautos soll attraktiver gestaltet werden

Die beiden autofreien Sonntage im letzten Jahr haben ergeben, dass die Benützung der Postautos sehr rege sein kann, wenn die Attraktivität zu ihrer Benützung erhöht wird. Eine Kommission der Regierung unter dem Vorsitz von Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt hat sich seit einiger Zeit mit diesen Fragen befasst und dem Landtag noch vor dem Abschluss der Legislaturperiode einen Bericht über die Förderung des öffentlichen Verkehrs zukommen lassen.

Nach dem Bericht soll dem öffentlichen Verkehr in unserem Land grössstmögliche Priorität eingeräumt werden.

Ausserdem soll es das Bestreben der Verkehrspolitik sein, das Gesamtverkehrsvolumen nicht weiter anwachsen zu lassen. Alle diese Zielsetzungen sind in 14 Thesen festgelegt, die Grundlage für die künftige Verkehrspolitik in unserem Land bilden sollen.

Der Ist-Zustand des öffentlichen Verkehrs wird im Bericht kritisch beurteilt, indem festgehalten wird, dass einerseits Fahrplan und Liniennetz «historisch gewachsen» seien, man dadurch aber auch einem «unübersichtlichen Geflecht von Bedienungsmodellen» gegenüberstehe. Als Alternative zur Benützung eines privaten Verkehrsmittels kann nach Auffassung der Kommission der öffentliche Verkehr in unserem Lande nicht mehr verstanden werden.

Zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, die gleichzeitig auch das Umsteigen vom Privatauto erleichtern soll, schlägt die Kommission eine einfache Liniennführung sowie die Einführung eines Fahrplan-Taktsystems vor. Das heisst, dass ein konsequenter Takt, der sich stündlich wiederholt, lückenlos über den ganzen Tag durchgehalten werden soll.

Siehe auch Kommentar und Bericht auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

KOMMENTAR

Wenn es gratis ist, so war verschiedentlich an den beiden autofreien Sonntagen zu hören, dann würde man die Postautos mehr benützen. Auf der anderen Seite tönte es auch so, dass eine vermehrte Berücksichtigung aller Ortschaften durch die öffentlichen Verkehrsmittel zu einer Steigerung der Benützerfrequenz beitragen könnte. Diese Anregungen aus der Bevölkerung wurden in verschiedenen parlamentarischen Vorstössen auch in den

Mehr Takt in Zukunft

Landtag getragen, so dass das Ressort Verkehr in der Regierung eine Kommission mit dem Studium von Fragen zur Verbesserung und Förderung des öffentlichen Verkehrs beauftragte. Unter dem Vorsitz von Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt wurden in der Folge verschiedene Thesen erarbeitet, die als Grundlage für die künftige Verkehrspolitik dienen sollen.

In der Theorie liegen nun Verbesserungs- und Förderungsmöglichkeiten vor, die noch an die Verhältnisse in unserem Land angepasst und vor allem in die Tat umgesetzt werden sollen. Ein Schwerpunkt bildet dabei die Einführung eines Taktfahrplanes, der einerseits zur Vereinfachung des Fahrplanes und andererseits zur Verbesserung des Angebotes beitragen soll.

Beide Aspekte sind wichtig, denn wer studiert schon gerne unsere relativ komplizierten und unübersichtlichen Fahrpläne? Und dann die alte Frage: Wie komme ich an einem Tag von Schellenberg nach Balzers und wieder zurück?

Bis die Thesen des Berichtes in die Tat umgesetzt werden, wird noch einige Zeit vergehen. Doch nur auf die vorgeschlagene Weise wird es möglich sein, immer mehr Leute vom Umsteigen auf das Postauto zu überzeugen. Dies gilt sowohl für den Berufsverkehr als auch für die gelegentlichen Fahrten. Mehr Takt in Zukunft? Schön wäre es! (G. M.)

Notstand in peruanischen Überschwemmungsgebieten

Lima (spk/dpa) Die peruanische Regierung hat im Gebiet am Titicacasee, der nach wochenlangen Regenfällen über die Ufer getreten ist, den Notstand ausgerufen. Wie ein Regierungssprecher am Sonntag mitteilte, gilt diese Massnahme in den vier Provinzen Puno, Chucuito, Yunguyo und Huanacane, in denen rund 300 000 Menschen leben.

Der 3800 Meter über dem Meeresspiegel liegende See, den sich Peru und Bolivien teilen, hat den höchsten Wasserstand in diesem Jahrhundert erreicht.

FBP

Dank an die Wählerinnen und Wähler

Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) möchte sich bei allen Wählerinnen und Wählern bedanken, die ihr anlässlich der Landtagswahl 1986 das Vertrauen schenken. Obwohl die Zielsetzung nicht erreicht worden ist, gilt es gerade jetzt sich mit frischem Mut neu zu sammeln, zusammenzustehen und sich der Herausforderung der Zukunft mit ganzer Kraft zu stellen. (Fortschrittliche Bürgerpartei)

Landesausschuss

Der Landesausschuss der FBP trifft sich heute Dienstag, den 4. Februar um 20.00 Uhr im Restaurant «Rössle» in Schaan. Nach den Wahlen gilt die erste Sitzung des Landesausschusses der Analyse der Landtagswahlen und der Erarbeitung von Richtlinien für allfällige Koalitionsverhandlungen.

Grosser Agentenaustausch zwischen Ost und West

Auch der sowjetische Regimekritiker Anatoli Schtscharanski soll freigelassen werden

Frankfurt (AP) Ein Agentenaustausch zwischen Ost und West, in dessen Rahmen auch eine Freilassung des sowjetischen Regimekritikers Anatoli Schtscharanski vorgesehen sein soll, zeichnete sich am Montag immer deutlicher ab. Westliche Kreise in Bonn bestätigten am Montag Gespräche und Kontakte mit dem Ostblock, in denen die Möglichkeit eines Agentenaustausches erörtert worden seien und von denen bereits die «Bild-Zeitung» und die «New York Times» berichtet hatten. Auch israelische Regierungsbeamte in Jerusalem erklärten, Israel sei über einen bevorstehenden Agentenaustausch unterrichtet worden.

Israel sei nicht an dem Austausch beteiligt, sagten die Informanten, die nicht genannt werden wollten. Man habe jedoch eine inoffizielle Bestätigung der Berichte erhalten. Darin sei auch die Freilassung Schtscharanskis erwähnt.

Weder in Israel noch in Bonn wurde am Montag etwas darüber gesagt, ob und zu welchem Zeitpunkt es zu dem Austausch kommen könnte. In Jerusalem hiess es lediglich, es könnte in dieser oder der nächsten Woche dazu kommen.

In fast gleichlautenden Berichten wurde in den Montagsausgaben der «New York Times» und der «Bild-Zeitung» ein geplanter Agentenaustausch zwischen den USA, der UdSSR, der DDR und der Bundesrepublik erwähnt, der auch die Freilassung des sowjetischen Regimekritikers Anatoli Schtscharanski einschlies-

se. Unter Berufung auf nicht näher genannte Vertreter der US-Regierung schrieb die «New York Times», nach der Vereinbarung sollten drei oder vier in der Sowjetunion inhaftierte Agenten aus dem Westen gegen eine gleiche Anzahl von im Westen festgehaltenen Ostagenten ausgetauscht werden. «Bild» berichtete,

Schtscharanski und bis zu zwölf in Moskau und Ost-Berlin inhaftierte Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) sowie Agenten aus den USA und England sollten gegen «mehrere Ostagenten» ausgetauscht werden, die sich in der Bundesrepublik und den USA in Haft befänden.



Nach den Worten von zwei US-Regierungsbeamten soll der Agentenaustausch am 11. Februar auf der Glienicker Brücke zwischen Westberlin und Potsdam (unser Bild) stattfinden.